

Endkunden-News im April 2024

Bundesrat fordert Elementarschäden-Pflichtversicherung

Über die Unterversicherung deutscher Hausbesitzer gegen Elementargefahren wie Starkregen und Überschwemmung wird seit Jahren hitzig debattiert. Nur rund jeder zweite hat den Zusatzbaustein zur Wohngebäudeversicherung abgeschlossen. Der Bundesrat hat sich nun klar positioniert: Eine Pflichtversicherung soll her. Andernfalls müssten immer wieder die Steuerzahler einspringen, da der Staat Hochwassergeschädigte regelmäßig unterstützt („Samariterdilemma“) – zumindest, wenn Wahltermine anstehen. Im Bundestag zeichnet sich allerdings nach wie vor keine Mehrheit für eine Zwangspolice ab.

Auch die Versicherer sind skeptisch und sehen eher bei der Schadensvorbeugung Handlungsbedarf. „Prävention sollte fester Bestandteil der Landesbauordnungen werden. Sonst können wir uns schon jetzt auf Milliarden Schäden bei künftigen Hochwassern gefasst machen“, mahnt Jörg Asmussen, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV). Konkret schwebt dem GDV ein „Maßnahmenpaket aus einer verpflichtenden Klima-Gefährdungsbeurteilung bei Baugenehmigungen, dem konsequenten Baustopp in Überschwemmungsgebieten, der Entsiegelung von Flächen und einem bundesweiten Naturgefahrenportal“ vor.

Börsen, Kryptos, Gold: Rekorde allerorten

Während die konjunkturelle Stimmung in Deutschland zu wünschen übrig lässt, erfreuen sich viele Anleger in diesen Wochen gegenläufiger Kursentwicklungen. So wurde es im März fast zur täglichen Medienroutine, neue Rekordstände der Börsenindizes DAX, Dow Jones oder S&P 500 zu vermelden. Der Hauptgrund liegt in Signalen der Notenbanken EZB und Fed, dass die Zinsen noch in diesem Jahr sinken könnten, im Euroraum eventuell sogar schon im Juni.

Der Bitcoin tat es den Indizes gleich und übersprang den Wert von 65.000 Euro, gefolgt von anderen Kryptowährungen auf Höhenflug. Noch im letzten Oktober hatte der Bitcoin bei unter 30.000 Euro rangiert. Auch der Goldpreis knackte endlich die psychologisch wichtige Marke von 2.070 US-Dollar je Unze, auf die er in den letzten Jahren mehrmals Anlauf genommen hatte. Im Anschluss ging es weiter steil bergauf, zeitweise über 2.200 Dollar hinaus. Manche Analysten halten in den kommenden Monaten auch 3.000 Dollar für realistisch, wenngleich solche Prognosen mit großer Unsicherheit behaftet sind.

Versicherer begrüßen Aus für verbindliche Führerschein-Medizinchecks

Eine EU-weite Pflicht zu regelmäßigen allgemeinen Medizinchecks für Führerscheininhaber ist vom Tisch, nachdem das EU-Parlament den Daumen gesenkt hat. Geplant waren obligatorische Untersuchungen im 15-Jahres-Rhythmus, bei über 70-jährigen Fahrern alle fünf Jahre.

Die Ablehnung im Parlament ist ganz im Sinne der Versicherer, wie Jörg Asmussen, Hauptgeschäftsführer des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV), hervorhebt: „Medizinchecks haben keine positiven Effekte für die Verkehrssicherheit. Besonders

Ältere sind medizinisch in der Regel gut eingestellt. Das Problem ist nicht die Fahreignung, sondern die Fahrkompetenz: Aufmerksamkeit, Konzentration, Reaktionsgeschwindigkeit.“

Sinnvoller seien daher obligatorische Rückmeldefahrten mit eigens dafür geschulten Begleitpersonen wie Fahrlehrern, -prüfern oder Verkehrspsychologen. Sanktionen wie ein Führerscheinentzug sollen damit aber nicht verbunden sein, das Ergebnis geheim bleiben. In zwei Testprojekten seien mit solchen Fahrten ermutigende Erfahrungen gemacht worden.

Rüge für Newsletter von Neobrokern

Sogenannte Neobroker verschaffen Privatkunden mit kostenlosen Wertpapierdepots und mehr oder weniger nutzerfreundlichen Apps einen einfachen, digitalen Zugang zu den Kapitalmärkten. Wie andere Unternehmen auch nutzen sie dabei ihren Kontakt zum Kunden für Newsletter-Marketing – und schlagen dabei gern über die Stränge, wie zumindest der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) meint.

Er hat die Newsletter der Anbieter Smartbroker, Scalable Capital, Finanzen.net Zero und Revolut untersucht und warnt nun vor „problematischen Investmentanreizen“, die zu vorschnellen Entscheidungen verleiten könnten. So werde etwa bei der Vorstellung von Aktien mit Aussagen wie „solltest du dich beeilen“ oder „musst du jetzt fix sein“ Handlungsdruck erzeugt. Die porträtierten Wertpapiere würden gern verlinkt, um so einen One-Click-Schnellkauf zu ermöglichen bzw. naheulegen. Häufig werde der Wertpapierkauf bagatellisiert. Unterm Strich erreichte keiner der vier Newsletter aus Verbraucherschutzsicht einen positiven Gesamteindruck.

Gute Aussichten für Lebensversicherungskunden

Die Ratingagentur Assekurata hat für die deutschen Lebensversicherungen in ihrer Marktstudie „Überschussbeteiligungen und Garantien 2024“ eine aktuelle durchschnittliche Gesamtverzinsung von 3,1 Prozent errechnet, für moderne Garantieprodukte sogar 3,3 Prozent. Damit kommt die Zinswende weiter bei den Kunden an, die zudem – sofern die Zinsen hoch bleiben – auf mehr hoffen dürfen: Zum einen kann das Kapital aus auslaufenden, niedrig verzinsten Assets zu besseren Konditionen wieder angelegt werden; zum anderen wird die Zinszusatzreserve (ZZR) zunehmend verzichtbar und in der Folge vor allem ab 2026 beschleunigt aufgelöst.

Die ZZR wurde den Versicherern in der Niedrigzinsphase regulatorisch auferlegt, um sicherzustellen, dass sie die vertraglich vereinbarten Garantieverzinsungen auch leisten können. Die Deckungsrückstellung belief sich zeitweise auf insgesamt 96 Milliarden Euro. Seit 2021 fließt das Geld in Form höherer Überschüsse wieder an die Versicherten zurück. Im Gespräch ist nun auch eine Anhebung des Höchstrechnungszinses. Die Deutsche Aktuarvereinigung schlägt einen Satz von 1 Prozent ab 2025 vor.

Treuhänder übernimmt bei Signa Prime Selection

Nach der weitgehenden Pleite der Signa Gruppe soll deren Luxusimmobiliensparte Signa Prime Selection nun von einem Treuhänder abgewickelt werden. Ursprünglich wollte sich das

Unternehmen selbst sanieren, was bei den Gläubigern, die insgesamt 12,8 Milliarden Euro fordern, für Unmut gesorgt hatte. Das Immobilienportfolio inklusive des KaDeWe in Berlin und des unfertigen Elbtowers in Hamburg soll nun in drei bis fünf Jahren veräußert werden. So sollen noch mindestens 30 Prozent der Forderungen bedient werden können, was bei einem eiligen Notverkauf kaum zu erwarten wäre. Interessenten werden auch für den Weiterbetrieb der Warenhäuser von Galeria Karstadt Kaufhof gesucht.

Signa-Patriarch René Benko hat derweil Privatinsolvenz angemeldet. Der Zusammenbruch seines Immobilienimperiums hat sich zur größten Firmenpleite in der Geschichte Österreichs ausgewachsen. Ausschlaggebend war vor allem ein Mix aus gestiegenen Baukosten und hohen Zinsen. Im Raum steht aber auch der Verdacht der Geldwäsche, dem die Münchner Staatsanwaltschaft nachgeht.

Jeder zehnte Versicherungsschaden ist zweifelhaft

Der Versicherer-Gesamtverband GDV hat mehr als 600.000 Schadenmeldungen ausgewertet, die über drei Jahre hinweg eingegangen waren. Zwei Drittel davon betrafen Kfz-Schäden, die im Rahmen einer Privathaftpflicht- oder Tierhalterhaftpflichtpolice reguliert wurden, das verbleibende Drittel Hausratschäden bis zu 50.000 Euro infolge von Einbrüchen.

Insgesamt zeigten sich bei rund jedem zehnten Fall Ungereimtheiten und Auffälligkeiten, die eine Sonderprüfung erforderlich machten. Meist ging es um fingierte Schäden (eigentlich nicht versichert), fiktive Schäden („Papierschäden“) oder provozierte Schäden (vorsätzlich herbeigeführt). Nach Schätzungen der Versicherer kosten derartige Betrugsfälle die Solidargemeinschaft der Versicherten jährlich rund fünf Milliarden Euro. Wer bei einem Betrugsversuch erwischt wird, muss nicht nur mit dem Verlust des Versicherungsschutzes und eventuell Forderungen nach der Übernahme von Sachverständigenkosten rechnen. Auch strafrechtliche Konsequenzen bis hin zu Haftstrafen sind möglich.

Was sagt der DAX über den Zustand der deutschen Wirtschaft aus?

So mancher Marktbeobachter reibt sich in diesen Wochen verwundert die Augen angesichts der Rekordjagd, die der deutsche Leitindex DAX hinlegt und die so gar nicht zu den tristen Konjunkturmeldungen passen will. Während beispielsweise das ifo Institut für dieses Jahr mit einem BIP-Wachstum von gerade mal 0,2 Prozent rechnet, stieg der DAX zwischen Neujahr und Ende März um 9 Prozent.

Die Diskrepanz rührt vor allem daher, dass die großen Aktiengesellschaften ihr Geschäft mittlerweile zu rund 80 Prozent im Ausland machen, insbesondere in den USA und in China. Diese Unabhängigkeit von der deutschen Konjunktur zeigt auch der Softwareriese SAP, der den DAX stark prägt – umso mehr, nachdem die Kappungsgrenze für den Index auf 15 Prozent angehoben wurde. Nach Meinung von Börsenexperten wie dem Vermögensverwalter Bert Flossbach ist der deutsche Leitindex daher „ein schlechter Indikator für die wirtschaftliche Gesamtsituation in Deutschland“. Prof. Andreas Hackethal von der Goethe-Universität Frankfurt sieht auf den globalen Märkten „diverse Wachstumsimpulse, die die Kurse auch hier beeinflussen können“.